

Pjöngjang ist jetzt vollends in die Schusslinie der USA geraten

Nordkorea hat noch eine Chance

Von SEBASTIAN HARNISCH

Es gibt viele gute Gründe, dem nordkoreanischen Regime zu misstrauen. US-Präsident George W. Bush hat in seiner Botschaft an die Nation einige davon genannt und zugleich darauf hingewiesen, die USA müssten, im Verbund mit anderen, handeln, bevor es zu spät sei. Steht damit eine neue Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel bevor?

Die Rhetorik des US-Präsidenten ist verständlich. Gleichwohl birgt die Verengung des Anti-Terror-Kampfes auf die Staaten der „Achse des Bösen“ und auf militärische Maßnahmen erhebliche Risiken für die koreanische Halbinsel und die internationale Politik.

Seit der Krise wegen des nordkoreanischen Nuklearprogramms im Juni 1994 haben die USA gegenüber dem dynastischen Kim-Regime eine Einbindungspolitik verfolgt, die im Tausch für nordkoreanisches Wohlverhalten im Bereich der Massenvernichtungswaffen finanzielle, wirtschaftliche und schließlich auch diplomatische Anreize bot. So verpflichtete sich Nordkorea 1994, sein Nuklearwaffenprogramm einzufrieren und im Austausch für Schweröllieferungen und zwei moderne, proliferationsresistente Leichtwasserreaktoren schließlich aufzugeben. Im Mai 1999 vereinbarte Pjöngjang ein bilaterales Inspektionsregime für den Nuklearstandort in Kumchang-ri im Austausch für US-Nahrungsmittelhilfe. Wenig später ei-

nigten sich beide Seiten auf ein temporäres nordkoreanisches Raketen-testmoratorium im Austausch für die Aufhebung von US-Wirtschafts-sanktionen. Diese Vereinbarungen bildeten den Kontext für das historische Gipfeltreffen der beiden koreanischen Staatschefs im Juni 2000. Die USA ihrerseits nutzten die innerkoreanische Annäherung für hochrangige Kontakte mit dem Norden.

Die Bush-Administration hat diese Politik, wenngleich in harsche Rhetorik verpackt, seit ihrem Amtsantritt fortgeführt. Nordkorea reagierte mit Konfrontation und Kooperation. Einerseits setzte der Norden die innerkoreanischen Ministergespräche nach dem südkoreanisch-amerikanischen Gipfel im März 2001 aus, weil US-Präsident Bush Skepsis über die Vertragstreue des Nordens geäußert hatte. Andererseits verurteilte der Norden die Anschläge des 11. September scharf und trat den einschlägigen UN-Terrorismus-Konventionen bei. Trotz der beiderseitigen Bemühungen um

eine Wiederaufnahme hochrangiger Gespräche kamen jedoch bisher keine weiterführenden Verhandlungen zu Stande.

Dass Bush die Nordkoreapolitik in den Mittelpunkt der Anti-Terror-Politik gestellt hat, ist deshalb nicht nur negativ zu werten. So ergibt sich auf dem Ende Februar stattfindenden südkoreanisch-amerikanischen Gipfel die Chance, eine Initiative zu starten. Die bisherige Annäherung zwischen beiden Staaten zeigt, dass nur wenn die Spitzen beider Regierungen voll involviert sind, nennenswerte Fortschritte erzielt werden können.

Realistisch betrachtet wird die Brandmarkung Nordkoreas jedoch zunächst zu weiterer Abkühlung führen. Beschimpfungen haben diplomatischen Verhandlungen in den seltensten Fällen genutzt. Ob es dennoch zu Gesprächen kommen wird, hängt von dem Verhandlungsgeschick des amerikanischen Außenministeriums ab, welches im Gegensatz zum Pentagon wiederholt für eine Verhandlungslösung eingetreten ist. Sollte die in Kürze zu erwartende Offerte Washingtons in Pjöngjang auf taube Ohren stoßen, so wird die Bush-Administration mit Blick auf die anstehenden US-Kongresswahlen im November schrittweise ihre bisherige Einbindungspolitik verlassen und durch eine militärisch abgestützte Eindämmungspolitik ersetzen.



Sebastian Harnisch ist Politikwissenschaftler an der Universität Trier.

Foto: Privat